

Realschullehrer sind alarmiert

Umbau des Kultusministeriums weckt Angst vor der „Einheitsschule“ / Schopper widerspricht

Von unserem Redaktionsmitglied
Elvira Weisenburger

Stuttgart. Bei den Realschullehrern herrscht Alarmstimmung: Sie fürchten eine „Gleichschaltung“ mit den Gemeinschaftsschulen und einen „Einheitsbrei“ in der Schulbildung. „Täglich bekomme ich Anrufe von Kollegen, die fragen: Was können wir tun?“, sagt Karin Broszat, Landesvorsitzende des Realschullehrerverbandes (RLV). „Es geht um das eigene Profil der Realschulen – wir fürchten, dass es abgeschliffen wird.“ Grund für die Alarmstimmung ist ein Umbau der Kultusbürokratie, von dem die Lehrerverbände nur zufällig Wind bekamen. Kultusministerin Theresa Schopper (Grüne) hingegen betont: „Diese Befürchtung entbehrt jeder Grundlage.“ Im Zentrum der Kontroverse steht ein geplantes neues Großreferat im Ministerium.

”

Die Reform sollte durchgezogen werden, ohne dass es jemand merkt.

Karin Broszat
Realschullehrerverband

Bisher gibt es jeweils ein eigenes Referat für Realschulen und Gemeinschaftsschulen. Nun aber sollen sie mit Haupt-/Werkrealschulen zu einem Einheitsreferat verschmolzen werden. Wollen die Grünen durch die Hintertür doch noch ihr Ideal von der Einheitsschule durchsetzen? Dieser Verdacht steht im Raum. „Die Reform sollte ja durchgezogen werden, ohne dass es jemand merkt“, betont Broszat im BNN-Gespräch. Erst durch eine Rede des Oppositionspolitikers Timm Kern (FDP) im Landtag wurden die Pläne öffentlich bekannt. „Wir sind enttäuscht von der CDU“, sagt Broszat.

Ihre größte Sorge ist, dass Noten und Leistungsprinzip immer weniger zählen, falls die Gemeinschaftsschule in dem neuen Einheitsreferat den Ton angibt. „Wir arbeiten leistungs- und fachorientiert“, sagt Broszat. „An der Realschule muss man auch eine Klasse wiederholen, wenn man das Ziel nicht geschafft hat.“ Die starke Orientierung auf die Berufspraxis hin sieht sie ebenso bedroht wie Spezialangebote, etwa in Französisch. „Wir haben auch zweisprachige Züge an Realschulen – mit einer Ausbildung auf sehr hohem Niveau“, so die RLV-Landeschefin. Nichts fürchtet sie so sehr wie eine Absenkung der Anforderungen.

Laut Kultusministerin Schopper zielt die aktuelle Reform nur darauf ab, die internen Verwaltungsabläufe zu verbessern: „Es geht bei diesem Prozess darum, Schnittstellen zu optimieren und Doppel- oder Mehrfachbefassungen im Haus zu verringern, um damit die Effektivität zu steigern“, erklärt sie auf BNN-Anfrage. Allein, dem Realschullehrerverband fehlt der Glaube. Unter der „Tarnkappe“ einer nüchternen Organisationsreform



Berufsorientierung und das Leistungsprinzip sind Realschulen wichtig: Lehrerverbände fürchten, dass ihr Profil leiden könnte. Sie misstrauen einer Strukturreform im Kultusministerium. Foto: Matthias Balk / dpa

könnten tiefgreifende Veränderungen drohen, vermutet Broszat. Sie fühlt sich an das Jahr 2011 erinnert, als die grün-rote Landesregierung die verbindliche Grundschulempfehlung abgeschafft hat. Unter den Folgen ächzen die Realschulen heute noch. Für leistungsschwache Schüler müssen sie inzwischen einen Hauptschulabschluss anbieten.

Kritik von Lehrerseite muss derzeit nicht nur die Kultusministerin einstecken: Ihr Ministerialdirektor Daniel Hager-Mann ist stark in den Fokus gerückt. Er war jahrelang Referent in der Stabsstelle „Gemeinschaftsschule, Inklusion“ – und zeitweise auch für die gescheiterte Digitale Bildungsplattform „Ella“ zuständig. Hinter ihm vermuteten auch die Gymnasiallehrer des Philologenverbands Baden-Württemberg (PhV) die treibende Kraft des aktuellen Umbaus – zulasten der beliebten Realschulen. „Hier soll der Schwanz mit dem Hund wedeln, weil die Gemeinschaftsschulen von den Eltern nicht so angenommen werden, wie sich das einige grüne Ideologen erhofft hatten“, erklärte Ralf Scholl, der PhV-Landesvorsitzende.

Und was sagt Kultus-Chefin Schopper zu dem Vorwurf aus Lehrerkreisen, ihr Ministerialdirektor treibe sie vor sich her? Ihr Sprecher Benedikt Reinhard kommentiert das mit genau drei Worten: „So ein Blödsinn.“

Die Gymnasiallehrer fürchteten, auch ihre Schulart könnte in das neue Referat

einfließen. Bei der Philologen-Vertreterversammlung an diesem Freitag nahm Schopper ihnen diese Sorge: Nein, die Gymnasien seien nicht tangiert, versicherte sie. Er sei nun etwas entspannter, erklärte der wiedergewählte Philologen-Landeschef Scholl: „Aber wir sind noch nicht tiefenentspannt. Wir wissen noch nicht, was wirklich hinter der Umstrukturierung steckt.“

”

Wir fordern, dass das Referat neutral besetzt wird.

Alexander Becker
Bildungspolitischer Sprecher (CDU)

Am Montag wird sich Schopper weiteren kritischen Fragen stellen: Sie besucht den Realschullehrertag des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE). Dass die Ministerin nicht frühzeitig das Gespräch suchte, verwundert auch den Vorsitzenden des Landeselternbeirats, Michael Mittelstaedt: „Sie hätte wissen müssen, dass es kontroverser wird.“

In wenigen Tagen sollen die Umbaupläne fürs Ministerium vorgestellt werden. Heftig spekuliert wird darüber, wer das neue Einheitsreferat leiten wird. Übernimmt die Chefin des Gemeinschaftsschulreferats, Kerstin Hösch? Oder eine

„neutrale“ neue Führungspersönlichkeit? Ersteres würde die Ängste der Realschullehrer beflügeln. Schoppers Haus will sich aktuell nicht äußern: „Personalangelegenheiten kommentiert das Kultusministerium grundsätzlich nicht.“

Kann die Kultusministerin zusichern, dass auch künftig jede Schulart ihr eigenes Profil behält? Diese Frage lässt Schopper auf BNN-Anfrage mit „Ja“ beantworten: „Es bleibt wie bisher: Es gibt seit 2016 einen gemeinsamen Bildungsplan für die Sekundarstufe I, jede Schulart hat aber nach wie vor ihre eigene Ausprägung, ihr eigenen Spezifika, die auch weiter erhalten bleiben.“ Schopper verweist auch auf den grün-schwarzen Koalitionsvertrag. Ebenso wie Alexander Becker, bildungspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion: „Darin steht, dass es keine Eingriffe in die Schulstrukturen geben wird“, betont er. „Wir sind wachsam und werden das sehr genau verfolgen.“

Der CDU-Abgeordnete aus dem Wahlkreis Rastatt räumt ein, dass die Referatszuschnitte im Kultusministerium teils nicht mehr zeitgemäß seien – zum Beispiel, dass Werkrealschulen und Ganztagschulen bisher zusammengefasst sind. Auch hier setze die Reform an. „Ich habe aktuell keinen Grund, der Ministerin zu misstrauen“, sagt er über die Koalitionspartnerin. Eines unterstreicht Becker allerdings: „Wir fordern, dass das Referat neutral besetzt wird.“